

Lettland

WIM VAN MEURS

Die Parteienlandschaft geriet vor den Parlamentswahlen heftig in Bewegung. Die Arbeiterpartei LSDSP spaltete sich, während die im Februar 2002 gegründete Jaunais Laiks Partei als Newcomer bei den Saeima-Wahlen am 5. Oktober 2002 mit 24% auf Anhieb größte Partei wurde. Seitdem regiert Premier Einars Repse mit einer breiten zentrum-rechten Dreiparteienkoalition. Dennoch konnten bei diesen Wahlen nicht nur die Parteien der Mitte mit Jaunais Laiks, sondern auch der linke Flügel mit dem Bündnis PCTVL – Für Menschenrechte in einem Vereinten Lettland (zweitgrößte Partei mit 19%) – zulegen. Dagegen scheiterten die Traditionsparteien Lettlands Weg und die LSDSP an der 5%-Hürde.¹

Beitritt zu EU und Nato

Nicht zuletzt wegen der internationalen Einmischung bei der Integration der Nichtstaatsbürger wird der EU-Beitritt in Lettland kritisch gesehen. Laut Umfragen befürworten nur genau 50% der Letten die EU-Mitgliedschaft, während 31% sie ablehnen.² Nichtstaatsbürger bleiben nach einem EU-Beitritt den Bürgern eines Drittstaates gleichgesetzt.³ Ein Referendum am 20. September 2003 wird den Beitrittsprozess abschließen.

Im Rahmen der Nato-Vorbereitung verstärkten die baltischen Staaten ihre Militärkooperation in der gemeinsamen Verteidigung und stellten erste Überlegungen für gemeinsame Militärbeschaffungen an, aber setzten auch die gemeinsame Beteiligung an Friedenssicherungsmissionen auf dem Balkan und in Afghanistan fort. Nach der Prager Einladung wurden die Beitrittsverhandlungen im März 2003 abgeschlossen, termingerecht für den Beitritt im Mai 2004.

Wirtschaft, Privatisierung und Handel

Lettland kann für 2002 stolze Wirtschaftsdaten vorweisen: Das BSP stieg um 6,1%, das Außenhandelsvolumen um 13%, während die Arbeitslosenrate auf 7,6% sank. Bemängelt wurde von IWF und vom eigenen Zentralbankpräsidenten das Budgetdefizit von 2,5% des BSP, verschuldet nicht zuletzt durch die Schieflage im Haushalt der einzigen Großstadt Riga. Stärker als in den beiden Nachbarstaaten wird Korruption in Lettland als Hemmnis der Wirtschaftsentwicklung kritisiert. Im Mai 2002 wurde die Prävention und Bekämpfung der Korruption einem speziellen Bureau übertragen, das direkt dem Ministerrat unterstellt ist, und ein entsprechendes Antikorruptionsgesetz verabschiedet.

DIE ERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

Die Inbetriebnahme des russischen Primorsk-Hafens in der finnischen Bucht wirkt sich negativ auf Ventspils als Terminal für russisches Öl aus. 2002 bestätigte sich das rasante Wachstum für Petersburg und Riga (+22%), aber nicht für Ventspils mit einem Rückgang um 24%. Damit war die für Lettland wirtschaftlich lebenswichtige Frage zu einem Politikum geworden, das auch bei der nächsten Runde zum Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Russland auf der Tagesordnung stand.

Die Privatisierung der Schifffahrtsgesellschaft LASCO wurde nach mehreren gescheiterten Anläufen im Juni 2003 vollbracht: Bei einer Auktion an der Rigaer Börse gingen 51% der Aktien in die Hände lettischer und internationaler Anleger über, obwohl konservative Parteien die Privatisierungsmethode erneut bemängelten.⁴

Regionalkooperation und Minderheitenpolitik

Regionalkooperation in einem Ostsee- oder baltischen Rahmen hat unerwartet Konjunktur: Mit der EU-Integration erhalten nicht nur Infrastrukturprojekte wie die Via Baltica oder Rail Baltica politischen Auftrieb, sondern gerade für die drei Kleinststaaten wird auch ein geschlossenes Auftreten in einer EU-25 politisch-strategisch umso wichtiger. Folgerichtig beschlossen die baltischen Präsidenten im Januar 2003 die Zusammenarbeit im Baltischen Ministerrat zu intensivieren und auszubauen.

Die Schließung der OSZE-Mission wurde in Moskau angesichts der vermeintlich andauernden Diskriminierung der Russischsprachigen als Affront bezeichnet.⁵ NATO, USA, OSZE und EU äußerten dagegen Besorgnis über das stockende Tempo der Integration. Die Einbürgerung der Nicht-Staatsbürger verläuft mit etwa 10.000 Personen jährlich weiterhin langsam. Eine neue Medienkampagne soll Abhilfe schaffen und zeigt in Ansätzen ein Umdenken bei der Regierung Berzins in Sachen Integration. Eine neue Stiftung für gesellschaftliche Integration soll die Hälfte ihrer Ressourcen der Beseitigung ethnischer Ungleichheit widmen, 30% und 20% sozialen und regionalen Disparitäten.⁶

Politisch blieben die Sprachqualifikationen von kommunalen und Parlamentsabgeordneten ebenso einen Streitpunkt wie der für 2004 angekündigte Pflichtunterricht in der Staatssprache auf russischen Schulen. Im Mai 2002 wurde die Staatssprache gestärkt durch den gesetzlich verankerten Status des Lettischen als Amtssprache des Parlamentes. Gleichzeitig wurden die Anforderungen an die Sprachkompetenz der Abgeordneten etwas gelockert, aber ein Wahlrecht für Nichtstaatsbürger auf kommunaler Ebene ließ sich politisch nicht durchsetzen, obwohl z.B. in Daugavpils die Nichtstaatsbürger Eindrittel der Bevölkerung ausmachen.

Anmerkungen

1 Current Latvia 28 (06.10.02).

2 Newsletter Latvia Towards the EU 11 (2003).
45% und 32% laut Eurobarometer 2002.

3 Minority Issues in Latvia, 67 (2003).

4 RFE/RL Baltic States Report 3/23 (09.07.2002).

5 RFE/RL Baltic States Report 3/1 (04.01.2002).

6 Newsletter Integration of Society in Latvia 21,
28 (2002), www.integracija.gov.lv.